

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelseblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Das monatliche Preisgepäck beträgt 2,50 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Die Abnahmebedingungen sind in der Geschäftsverteilung zu ersehen. Die Redaktion ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen. Die Druckerei ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen. Die Geschäftsverteilung ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen.

Die Abnahmebedingungen sind in der Geschäftsverteilung zu ersehen. Die Redaktion ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen. Die Druckerei ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen. Die Geschäftsverteilung ist in Halle a. S., Postfach 100, zu erreichen.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die „Volks-Zeitung“ bespricht, es sei anzunehmen, daß der Reichstagler vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages einen Bericht der Umfassung des Reichstages in dem Sinne machen wird, daß es nach rechts und nach links erweitert wird. Die Einbindung zum Eintritt in das Kabinett wird also nicht nur an die Deutschen, sondern auch an die Sozialdemokratie ergeben.

Von parteipolitischer Seite wird mitgeteilt: Die Meldung von Abmachungen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen über ein Zusammengehen bei der kommenden Reichspräsidentenwahl ist unzutreffend. Es bestehen über die vorerwähnten Abmachungen keine Verbindlichkeiten der Volkspartei gegenüber den Deutschnationalen.

Die „München-Ansager“ Abendzeitung“ kündigt an, daß sie die „Erinnerungen“ Erhardts in den nächsten Wochen zur Veröffentlichung bringen wird. Das Geheimnis der Bekämpfung Erhardts aus dem Leipziger Gefängnis wird durch die Veröffentlichung gelichtet werden.

Der Generalbund deutscher Beamtenvereinigungen und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner haben bei der Hauptversammlung der Reichsbahn Schritte unternommen, daß vor Übertragung der Reichsbahn an die Internationale Gesellschaft sämtliche Disziplinarverfahren niederschlagen und die Strafvermerke in den Personalakten zu löschen sind.

In Genä ist der Bankbeamte Werner Guld verhaftet worden, der dort zur Verurteilung seines Vaters weilt. Der Beschäftigte war seinerzeit wegen Begünstigung des Nationalbankers verurteilt worden, hatte sich aber der Verurteilung seiner Strafe zu entziehen gesucht.

Die „Volks-Zeitung“ hat, steht die Ablegung der Kriegsschuldnote an die fremden Regierungen wemittelt bevor.

Die internationalisierte Kontrollkommission wird ihre Kontrollarbeiten über die Abrüstung Deutschlands am Montag, den 8. September 1924, aufnehmen.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, werden die Bureaus der Witum am 1. Oktober geschlossen. Die Beamten ist für diesen Termin bereits eingestellt.

Journal meldet, daß zwischen dem französischen Finanzminister und der Morganbank Besprechungen stattfinden, ob der Pariser Finanzmarkt an der Zeichnung der 800-Millionen-Anleihe teilnehmen soll. Nach Ansicht der Vertreter der Morganbank soll die Anleihe in Frankreich, in Belgien, in französischen Indochina und in Großbritannien in Pfund Sterling aufgebracht werden. Das Journal“ verurteilt ein solches Verfahren.

„Evening Standard“ enthält einen scharfen Angriff gegen die Gewährung einer Anleihe an Deutschland. Die Propaganda der „Daily Mail“ Gruppe ist nicht ohne Einfluß geblieben, so daß die Schwierigkeiten zur Unterbringung der Anleihe von Tag zu Tag wachsen.

Nach Auflösung der Ricam werden demnächst Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Bergbau einerseits und der Ricam sowie den in Eisen verarbeitenden Beamten der Ricam andererseits stattfinden, um Abmachungen zu treffen über die Kosten und Mengen der von Deutschland zu liefernden Reparationsstoffen und über die Art der Bezahlung.

Wie verlautet, soll bei Verhandlung des Ausnahmevertrages in Deutschland die früher in Wien etablierte halbstaatliche Propagandacentrale nach Wien verlegt werden sein. Die Wiener Volkzeitung ist die Volkzeitung in Wien, die keine Gelegenheit einnahm, die in Wien kommenden Personen sich auf internationalen Boden (zwischen Deutschland) befinden.

Infolge der überaus kritischen Lage haben die spanischen Truppen begonnen, ihre Stellungen in Marokko zu räumen. Die Lage in Marokko wird auch in Kreisen des Direktoriums als äußerst bedenklich empfunden. Primo de Rivera hat sich selbst für einen ehrenvollen Rückzug der Truppen ausgesprochen. Man rechnet mit einem allgemeinen Rückzug der Spanier. Eine ganze Anzahl spanischer Kavallerieverbände ist von den Arabern gelanggenommen worden.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die englische Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung über den Sudan den Belagerungszustand verhängt.

Macdonald redet.

Gestern war ein großer Tag in Genf: Macdonald sprach. Wir erhalten darüber folgende Schilderung:
Macdonald beginnt seine Rede mit großem Temperament. Mit beiden Händen hält er sich am Rednerpult fest und schleudert seine Worte mit ungeheurer Raschheit in den Saal. Er schlägt mit der Faust auf das Manuskript und steigert sich immer mehr, bis sich seine Stimme überbläht. Mit ausbreitender Handbewegung wendet er sich bald nach rechts, bald nach links. Der Redner, der der Rede gegenüber, erhebt sich fast von seinem Platz, so angefaßt erhebt er von der Rede. Als Macdonald, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund spricht, betätigt sich Herriot an dem allgemeinen starken Beifall.

Im Verlauf der Rede herrscht atemlose Spannung, die sich von Minute zu Minute steigert. Macdonald scheint mit jedem einzelnen zu sprechen. Er richtet sein Wort bald an den Delegierten, bald an jenen. Er sieht ihm tief ins Gesicht und scheint ihm einbringlich ins Gemüht zu reden. Vor ihm liegt kein Manuskript, welches er kaum bemerkt. Nur ab und zu gliebt ein Blick darüber hin. Sein trodener Humor bricht hin und wieder hervor und wird von der Verklammerung mit schallendem Gelächter aufgenommen. Als er auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen kommt, bemächtigt sich seiner eine ungeheure Erregung. Mit hellerer Stimme ruft er: „Zwölf Jahre her ist die Weltgeschichte für Urteil sprecher.“ Macdonald beendet seine Rede mit der Feststellung, daß der Völkerbund sich in schwieriger Lage befindet.

„Ich bin hier im Namen meiner Regierung, um zu versichern, daß sie alles tun wird, um den Zweck des Völkerbundes zu erfüllen: den Frieden auf Erden. Die Zukunft hängt von dem Völkerbund ab.“

Eine militärische Vereinbarung wäre ein Seitenfuss, das neue Kriege bedeute, die sich nicht aufhalten und den Völkerbund zersplittern. Europa bietet in den letzten zwei Jahren kein einheitliches Bild. Deutschland darf nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben. Die Lösung der Rüstungsfrage und der Minderheitenfrage ist ohne Deutschland nicht möglich. Wir müssen eine europäische Gemeinschaft gründen, in der Deutschland seinen Platz haben wird. Dieses muß sofort geschehen. Eine neue Ära muß beginnen.

Wir haben die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch mit Sowjetrußland in andere Beziehungen zu treten.

Noch immer „Sanktionen“.

Am Donnerstag erhielt die Stadt Remagen „Einquartierung“ von 400 französischen Soldaten und 360 Pferden, die in den Schulen untergebracht wurden. Die Ferien müßten deshalb verlängert werden. Diese Belegung Remagens ist französische Belegung erfolgt auf Befehl des französischen Generals von Koblenz als „Sanktion“ gegen die Vergrößerung von Smets-Singens durch zurückgeleitete Ausgewiesene. Die Smets-Anhänger halten, wie wir schon berichteten, diese zurückgeleiteten Ausgewiesenen durch abfällige Bemerkungen provoziert. Im Verlaufe eines Wortwechsels fand es schließlich zu einer regerlichen Prügelei, wobei die Smets-Anhänger den Kürzeren zogen. Der französische Redaktionsleiter in Remerich hat daraufhin u. a. durch französische Geheimpolizei in Remerich einen nach dem Zentren anstellen lassen, die zu verschiedenen Verhandlungen führten, weiter wurde durch den General von Koblenz die Verhörsperiode verhängt und ist jetzt als länder Kasse die Belegung der Stadt mit 400 Mann angeordnet worden.

Doermond, 5. Sept. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Kaufmann Siegfried Bloch, der Beamter der Schau ist, wegen Spionage in geheimen Sitzung zu 10.000 Mark Geldstrafe und 20 Jahren Gefängnis. Der Vorsitz des Hofrechts „Janis“ Karl Wilten, der Lehrer Heinrich Altmeyer als Schriftführer und der Kaufmann Paul Luther wurden wegen verbotenen Spionages und wegen des Besitzes der Spionage „Luzern“ Jahre Haftstrafe zu 10.000 Mark Geldstrafe und 20 Jahren Gefängnis, bzw. 1000 Mark und einem Monat Gefängnis, bzw. 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Und die Kommunisten werden amnestiert!
Vor dem Kriegsgericht in Wiesbaden standen 22 deutsche, 2 österreichische und 1 jüdischer Kommunist. Nach Verlesung der Anklage erklärte der

Die wichtigste Frage ist die der Sicherheit, im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage.

Was bedeutet Sicherheit, was bedeutet Angriff? Sollen wir erst die Verantwortung für festzustellen verlassen? Das ist vielleicht noch fünfzig Jahren möglich. Ein Schiedsgericht sollte zumutend, sobald die ersten Wollen am Horizont erscheinen. Vor diesem Schiedsgericht müßten die Verbündeten erscheinen und ihre Erklärungen abgeben. Wir müssen die Geistesverfassung Europas ändern. Ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit ist die Gerechtigkeit.

Eine allgemeine Abrüstungskonferenz würde ein voller Mißerfolg beschließen. Nur durch eine Schiedsgerichtskonferenz, die noch in diesem Jahre stattfinden müßte, sind die Probleme zu lösen. Nicht endemolender minutenlanges Beispiel sollte nach der Rede des britischen Vizepräsidenten ein.

Es ist wirklich schön, solche Worte und solche Begeisterung zu hören. Beinahe so schön wie die Wagnerfestspiele in Bayreuth.

Sinter den Ruffen freilich fängt auch gleich die graue Wirklichkeit an. Zunächst hat Amerika die Beteiligung an einer etwaigen Abrüstungskonferenz rundweg abgelehnt. Frankreich will kein Schiedsgericht, der im Haag tagen soll, sondern will den Völkerbund zum Gerichtsorgan in Streitfällen gemacht wissen. England lehnt hat soeben in einem Streitfall über Palästina den Haager Schiedsgerichtshof für unzulässig erklärt. Die kleineren Nationen, die ja immer noch nichts zu sagen haben, sind teils englisch, teils französischer Stimmung.

Macdonald rechnet auf eine Verhandlungsdauer von 3-4 Wochen und sprach die Hoffnung aus, aus den verschiedenen Meinungen irgendeinen politischen „Cocktail“ zusammenbrauen zu können, wobei die amerikanischen Vorschläge den Grundbestandteil abgeben sollen. Vielleicht kommt also schließlich doch wieder so ein american drink“ wie in London der Damespaln zustande, und Frankreich spielt dann die Bardame.

Ja, was man nicht alles tut, um die Völker anzuhutern — damit die Politiker ungefordert Politik machen können. Diese Engländer sind wirklich die Nation Shakespeares und wissen wie er Falstaff und Richard III., grotesken Humor und blutigen Ernst, in sich zu vereinen.

Staatsanwalt: „Nach dem nunmehr in Kraft getretenen Londoner Abkommens fallen die dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen unter die Amnestie.“ Darauf beantragte er die Verurteilung der Angeklagten. Das Gericht ließ sich den Ausführungen des Staatsanwalts an.

„Bandenkämpfe“ in Polen.

Die offiziellen Preßnachrichten teilen dabei, die wüßigen Angriffe an der polnischen Grenze als bloße Bandenangriffe zu bezeichnen und in Abrechnung mit der Mosauer Regierung die Teilnahme der Generalmobilisation zu leugnen. Die zunehmenden inneren Unruhen in Rußland könnten allerdings ein sehr triftiger Grund und damit zugleich eine Erklärung sein, daß die Sowjetrußland trotz aller Vorbereitungen nicht losfliegen.

Deute wird aus Warschau gemeldet:

In den Obletinen Polens hat die Bandenbewegung wieder zugenommen. So überfiel in der Nacht vom 1. zum 2. September ein Mann starke bewaffnete Abteilung der Woguljans die russisch-polnische Grenze, plünderte einen Weierhof, steckte ihn in Brand und richtete dann auf gerasteten Pferden in die Wälder von Mielolona. Der Kampf zwischen der bewaffneten Woguljanspolizei und den Banditen dauerte noch an. Auch in Wolskaten tauchten an verschiedenen Stellen bewaffnete Banditen auf. Im Zusammenhang mit den Überfällen in Wolskaten auf einen Polizeiposten in Luz 30 jugendliche Kommunisten.

Bezeichnend ist, daß in Amerika jetzt Stimmen laut werden, man müsse, nachdem durch den Damespaln Deutschland auf den Weg der Genugung geführt ist, jetzt einen Damespaln für die Zukunft aufstellen. Demnach scheint man in Amerika auf einen Zusammenbruch der Sowjetmacht zu rechnen.

Eine evangelische Partei?

Auf der 28. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in München hat der Bundesvorsitzende Hofmeister D. D. r. i. n. g. Berlin, in der Eröffnungsrede eine Frage angeschnitten, die den mit dem heutigen protestantischen Leben Vertrauten keineswegs neu ist, und die in Gebieten mit gemischt-religiöser Bevölkerung, besonders auch im Rheinland, vielfach erörtert ist: die Frage der Gründung einer evangelischen Partei. Die Frage ist hier lediglich vom politischen Standpunkt aus betrachtet. Damit werden die rein religiösen und faktuellen Gesichtspunkte nicht selbst aus. Nach dem heute eine Fülle von Einzeluntersuchen zu prüfen, die sich in zwei Gruppen zusammenfassen lassen:

1. Welche Vorteile hätte die Gründung einer evangelischen Partei?

Es senkt, einen Blick auf die politische Verfassung der protestantischen Teile unseres Reiches, und andererseits auf die außerordentlich weitgehende Gefühlsregung der katholischen Volksteile zu werfen, um den Vorteil heinade geistlich zu empfinden. Allerdings wäre Voraussetzung, daß es gelänge, die evangelische Partei zur Rahmenpartei für alle die Interessen zu machen, die heute noch den nicht dem Zentrum angehörigen Parteien vertreten werden. Eine evangelische Partei lediglich als eine Partei neben den übrigen würde nur weitere Verfestigung und also Schwächung statt Stärkung bedeuten.

Gelöst, es gelänge, das deutsche Vaterland zu umgestalten, daß die ganz überwiegende Mehrheit unseres Volkes sich in den beiden Parteien (evangelische und katholische) kammelte, so würden wir zunächst den rein tatsächlichen Vorteil gewinnen, daß wir zum „Zweiparteienstaat“, der „Mitteln“ Form des Parlamentarismus gelangen, und damit zu einer außerordentlich wertvollen Vereinfachung, Vereinfachung und Vereinfachung unseres parlamentarischen Lebens. Auch wenn die heutigen Verhältnisse sich beiden Parteien fernhielten, und wie in England eine dritte Partei bildeten, würde das immer noch ein großer Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand sein.

Der eigentlich entscheidende, wichtigste Gewinn würde freilich ein anderer sein: Bei Vereinnahmung der heute so vielfach widerstreitenden Parteienmeinungen unseres Volkes unter dem Gebot der religiösen Gemeinschaft, die ja auch für den, der nicht gläubig im Kirchenbuche ist, ihren weltlichen Wert als sittliche Idee und kulturelle Gemeinschaft hat, würden in der Politik die materiellen Interessen hinter höheren Gesichtspunkten zurücktreten. Und lediglich die materiellen Interessen sind es ja, die den Menschen zum Feind des Menschen machen, die alle Gegenstände schaffen, die unser Volk wie andere Völker innerlich so tief zerklüftet. Im Reich des Geistigen gibt es wohl Meinungsverschiedenheiten, aber keinen Kampf und ganz sicher nicht die lähmende Geißel unserer Zeit: den Klassenkampf.

Allerdings ein Genossenschaft bleibt: der auf religiösem Gebiet selber, der alte Gegensatz des 30jährigen Krieges: Die wüßliche, die lutherische, der Gegenhalt zwischen Katholiken und Protestanten. Auch heute noch, wo das religiöse Empfinden infolge derer Hervortretens der rein verstandesmäßigen Lebensgestaltung weicher, aber tatsächlich an Stärke verloren hat, verhalten dieser Gegensatz unter Volk tiefer, innerlicher, als jeher andere. Dazu kommt, daß der katholische Teil unseres Volkes vertrieben, in die Städte und Wälder des Vaterlandes, der protestantische in der Mitte und im Osten und Norden wohnt. Die Gründung einer evangelischen Partei kann daher sehr wohl bei Hervortretens dieses Gegensatzes zur Gefahr einer Zerklüftung des Reiches führen.

Gerade hier ist aber die materielle Not, unter der infolge des heimischen Druces und der inneren Partei- und Wirtschaftsunruhe unter Volk heute lebt, ein Segen, ein so harter Zwang zur Einigkeit, daß die Gefahr, die einmal, aber auch größte, heute weniger als je zu fürchten ist. Wenn sie von vornherein klar erkannt und mit allem ihrer Größe gebührenden Ernst vermerkt wird, wenn der Wille, Volk und Vaterland zu einigen und zu führen, der ja für die ganze Idee einer evangelischen Partei maßgebend ist, auch in der Durchführung der Idee selbst, so ist die Gefahr zu umgehen. Amal auch auf der Geistes- und den Katholiken, die Herzen des Volkes wahr und treu für das Vaterland kämpfen, lo daß auch dort Bestrebungen hin wird die im Romanismus, die Romanismus auch die

